

11.37

Abgeordneter Bernhard Themessl (FPÖ): Herr Präsident! Herr Bundesminister! Hohes Haus! Werte Kolleginnen und Kollegen! Die Regierung ist jetzt eineinhalb Jahre im Amt, und schön langsam sind Systeme erkennbar. Das läuft überall gleich ab. Der Kollege Bauer hat gesagt, die Diskussion zu diesem Tagesordnungspunkt könnte man eigentlich nahtlos an die Aktuelle Stunde anschließen, weil es hier auch um Energie geht, um Teuerungen geht. Und all das, was wir in den letzten Wochen und Monaten erlebt haben, hat in der Zwischenzeit ein gewisses System angenommen: Sie schröpfen die Bevölkerung, wo Sie können. Und wenn dann der Druck der Bevölkerung und vor allen Dingen auch der Druck der Medien zu groß wird, dann versuchen Sie etwas zu machen.

Und ich gebe Ihnen recht, Herr Kollege Kopf, Sie machen schon etwas, nur: Was Sie machen, ist entweder, Sie verteilen Almosen, oder, Sie machen – wie hier beim Ökostromgesetz – geringfügige Verbesserungen, die im Grunde genommen nie und nimmer dazu ausreichen werden, die selber gesteckten Ziele, auch die Kyoto-Ziele, auch die Ziele, die man sich innerhalb der EU selber gesteckt hat, zu erreichen. Das langt nicht aus.

Und dann geht das weiter: Sie bringen grundsätzlich eineinhalb Stunden vor einem Unterausschuss, in dem man sich mit diesem Thema befassen sollte, eine abgeänderte Regierungsvorlage ein, mit der sich kein Mensch in eineinhalb Stunden im Detail tatsächlich auseinandersetzen kann. Aber nicht genug – die Kollegin Lichtenecker hat es auch angesprochen –: Sie bringen heute während der Debatte noch einen Abänderungsantrag ein, der sage und schreibe acht Seiten lang ist, und dann erwarten Sie, dass die Oppositionsparteien hier Hurra schreien und sagen: Super, was diese Regierung macht!

Das ist keine Arbeit. So kann eine Arbeit im Parlament nicht zielführend für die österreichische Bevölkerung sein. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Jetzt zu Ihrem Ökostromgesetz und den geringfügigen Novellen, die Sie immer wieder dazu machen: Das Einzige, was Sie in der Zwischenzeit anscheinend selbst gemerkt haben, ist, dass eine Förderung von Kraft-Wärme-Kopplungen und damit die Verbrennung fossiler Rohstoffe nicht über ein Ökostromgesetz vorzunehmen ist. Das haben Sie jetzt ausgelagert, Sie fördern es eben jetzt mit einem eigenen Gesetz. Aber zumindest haben Sie gemerkt, dass es im Ökostromgesetz nichts verloren hat. Wenn Ihr ÖVP-vereinseigener Ex-EU-Kommissär Fischler immer wieder sagt: ein Umdenken

in der Bundesregierung ist längst überfällig, die Zeit der faulen Kompromisse ist vorbei!, dann muss ich ihm vollkommen Recht geben.

Ich sage Ihnen schon eines: Wenn Sie die selbst gesteckten Ziele nur annähernd erreichen wollen und von dieser Strafzahlung von 1,5 Milliarden € in der EU verschont bleiben wollen, dann müssen Sie mehr Mittel in die Hand nehmen. Dann müssen Sie das Ökostromgesetz grundlegend erneuern – so wie es nicht nur wir, sondern auch die Grünen in Anträgen des Öfteren gefordert haben –, und dann haben wir vielleicht geringfügig eine Chance.

Ein Beispiel dafür ist auch, dass man um sage und schreibe 500 Millionen € Emissionszertifikate im Ausland ankauft. Dabei geht Wertschöpfung im Land verloren, und es wird nicht dazu beigetragen, dass wir unsere selbst gesteckten EU-Ziele erreichen. Mit 500 Millionen € – da sage ich Ihnen eines – hätte man in Österreich viel für erneuerbare Energie tun können! Man hätte 1 000 Windräder kaufen können, man hätte 20 000 Voltaikanlagen für Einfamilienhäuser verschenken können.

*(Bundesminister Dr. **Bartenstein**: Um 500 Millionen €?)* Das wäre wahrscheinlich wesentlich besser gewesen, als 500 Millionen € in den nächsten Jahren, bis zum Jahr 2012, für den Ankauf ausländischer Emissionszertifikate zu verschleudern. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Noch ein Wort zu den Grünen, was die erneuerbare Energie angeht: Wissen Sie, ein bisschen mehr Ehrlichkeit hätte ich da verlangt! Immer, wenn es um den Ausbau von Wasserkraft geht, sind die Grünen die Ersten, die dagegen sind und versuchen, zu verhindern beziehungsweise den Baubeginn so lange wie möglich zu verzögern, mit Einsprüchen, mit Bürgerinitiativen und so weiter.

Das Zweite ist: In der Zwischenzeit sind die Grünen und Bürgerinitiativen ja auch schon dabei, Windparks zu kritisieren, weil sie zu laut sind, weil sie nicht in die Landschaft passen und, und, und. *(Abg. **Hörl**: Da haben Sie Recht!)*

Zum Dritten: Wenn Sie immer gegen Atomstrom wettern, dann wundert es mich schon, dass der grüne Landesrat in Oberösterreich keinen Aufschrei dagegen gemacht hat, dass die oberösterreichische Energie AG die TIWAG mit ins Boot nimmt, obwohl man doch weiß, dass die TIWAG mit 25 Prozent den absolut höchsten Anteil an Atomstrom hat, den es überhaupt gibt. – So viel zur Ehrlichkeit der Grünen in der Klimapolitik. *(Zwischenrufe bei den Grünen.)*

Dann sage ich Ihnen noch etwas, weil es hier gut dazupasst und vielleicht mit dazu beitragen könnte, einen zusätzlichen Anreiz für erneuerbare Energien zu schaffen.

Dazu bringe ich folgenden **Entschließungsantrag** der Abgeordneten Hofer, Klement, Themessl und weiterer Abgeordneter ein:

„Der Nationalrat möge beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Nationalrat eine Regierungsvorlage vorzulegen, die zum Inhalt hat, dass die Mehrwertsteuer auf alle aus erneuerbaren heimischen Ressourcen stammende Energie von derzeit 20 Prozent auf 10 Prozent halbiert wird.“

Meine Damen und Herren von den Regierungsparteien! Nehmen Sie sich ein Herz und machen Sie ein neues Ökostromgesetz, vielleicht auch nach deutschem Vorbild, weil dort bewiesen wurde, dass es nicht nur zielführend ist und gewisse Kyoto-Ziele leichter erreichbar werden, die Sie sich selbst gesetzt haben, sondern vor allen Dingen, weil es natürlich auch für die Wirtschaft wichtig ist. Deutschland hat es geschafft, in den letzten fünf Jahren 250 000 zusätzliche Arbeitsplätze in diesem Bereich zu erlangen. – Danke.
(Beifall bei der FPÖ.)

11.43

Präsident Dr. Michael Spindelegger: Der von Herrn Abgeordnetem Themessl eingebrachte Entschließungsantrag ist ausreichend unterstützt und steht mit in Verhandlung.

Der Antrag hat folgenden Gesamtwortlaut:

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Hofer, Klement, Themessl und weiterer Abgeordneter betreffend die Halbierung der Mehrwertsteuer auf Energie aus erneuerbaren heimischen Ressourcen, eingebracht im Zuge der Debatte zum Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Industrie über die Regierungsvorlage (553 d.B.): Bundesgesetz, mit dem das Ökostromgesetz geändert wird (2. Ökostromgesetz-Novelle 2008) (562 d.B.) in der 61. Sitzung des Nationalrates am 5. Juni 2008.

Das neue Ökostromgesetz ist aus Sicht der FPÖ nicht vertretbar. Die OPEC teilte vor kurzem mit, dass der Zenit der rasanten Ölpreissteigerung mit 135 Dollar pro Barrel noch lange nicht erreicht ist. Als Grund werden die gesteigerte Nachfrage sowie die zunehmende Spekulation bei gleichzeitig sinkenden Lieferungen angegeben.

Die Weltenergiebehörde IEA warnt eindringlich vor Versorgungsengpässen. Deren Chefökonom meinte in einem Interview, dass ab 2015 Ölknappheit vorherrschen werde. Bereits heute würden täglich 12,5 Millionen Barrel, das sind 15 Prozent des

Weltölbedarfes, fehlen. In die Erschließung neuer Ölfelder werde zu wenig investiert. Die FPÖ ist daher für die Forcierung der heimische Energieträger.

Angesichts der steigenden Energiepreise – nach Medienberichten sei es der Gaspreis, der nun massiv hinaufgeschraubt werden solle, wobei noch dieses Jahr mit einer Steigerung von mindestens 20 Prozent zu rechnen sei. Es ist daher notwendig, eine Energiewende hin zu erneuerbaren heimischer Energien einzuleiten.

Ziel muss es sein, dass Energie leistbar bleibt. Die Energiepreise dürfen nicht weiter steigen. Opfer wären hier vor allem Pensionisten und Familien. Die Energiekosten durch zusätzliche Steuern weiter zu erhöhen wäre mehr als unverantwortlich.

Aus Sicht der FPÖ ist es daher unumgänglich, die notwendigen Maßnahmen für unsere künftige Versorgungssicherheit und Wettbewerbsfähigkeit durch Förderung der heimischen, regenerativen Energieproduktion zu setzen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden Entschließungsantrag:

Der Nationalrat möge beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Nationalrat eine Regierungsvorlage vorzulegen, die zum Inhalt hat, dass die Mehrwertsteuer auf alle aus erneuerbaren heimischen Ressourcen stammende Energie von derzeit 20 Prozent auf 10 Prozent halbiert wird.“

Präsident Dr. Michael Spindelegger: Der nächste Redner ist Herr Abgeordneter Grillitsch. 3 Minuten freiwillige Redezeitbeschränkung. – Sie sind am Wort.